



## Antrag

der Abgeordneten **Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl, Jan Schiffers**  
und **Fraktion (AfD)**

### **Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege führt ein Fachgespräch zu den Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern durch. Dabei soll mit der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB), den Facharztverbänden, Krankenkassen und Patientenvertretern erörtert werden, ob die aktuellen Niederlassungsrichtlinien noch dem Bedarf entsprechen und welche Verbesserungsmöglichkeiten es gäbe. Insbesondere ist auf die Situation einzugehen, dass es auch in planerisch überversorgten Gebieten zu langen Wartezeiten oder auch zur Nicht-Aufnahme von Patienten kommt.

#### **Begründung:**

Wer sich in Bayern als Arzt niederlassen möchte und auch Kassenpatienten behandeln möchte, braucht eine freie Niederlassungsmöglichkeit. In Bayern ist die KVB dafür zuständig, die als Grundlage für die Planung die Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses heranzieht. Über die Homepage der KVB wird bereits ein erster Eindruck vermittelt, in welchen Fachdisziplinen und in welchen Planungsregionen noch Möglichkeiten der Niederlassung bestehen.

Zwischen dieser geplanten ärztlichen Versorgung und der Realität in der Versorgung scheint es jedoch immer wieder Diskrepanzen zu geben. So gibt es z. B. Bereiche, die gemäß den Planungsvorgaben überversorgt sind. Dennoch ist es dort nicht möglich, zeitnahe Termine zu erhalten. Bei Hautärzten zum Beispiel wartet man selbst in überversorgten Regionen bis zu acht Wochen auf einen Termin.

Beispiel Kinderärzte: Die Region Amberg-Sulzbach gilt mit Kinderärzten als überversorgt. Im Stadtgebiet Amberg werden von den Kinderärzten aber nicht einmal mehr Geschwisterkinder angenommen, da sie an ihre Versorgungsgrenzen stoßen. Eltern bleibt nur der Weg zu weiter entfernten Kinderärzten oder der Weg in die Kinderklinik, was in der ambulanten medizinischen Versorgung so nicht angedacht ist und auf der anderen Seite eine Überbelastung des klinischen Systems erzeugt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Pflege soll sich deshalb mit einem Fachgespräch einen Überblick über die Situation, die aktuellen Richtlinien und die Probleme im Bereich der Niederlassungsmöglichkeiten verschaffen. Dabei soll mit den Vertretern der KVB, den Facharztverbänden, Vertretern der Krankenkassen und wenn möglich auch mit Patientenvertretern erörtert werden, wie sich die aktuelle Situation darstellt und verbessern lassen könnte.